

Steigende Strompreise als ein Problem für viele Ältere

20.08.2012

Euskirchen: Wo bleibt der Aufschrei, bei wem kann man protestieren, wer fühlt sich zuständig? Wo man anfragt: Überall herrscht große Ratlosigkeit, keiner fühlt sich zuständig. Nun wurde bekannt, dass die Sonderregelung für energieintensive Unternehmen, mit der eine Befreiung von den Netzentgelten möglich ist, den Verbraucher teurer zu stehen kommt als erwartet.

Dabei steigen ohnehin die Energiekosten seit Jahren unaufhörlich. Und in erschreckender Regelmäßigkeit die Strompreise. Fachleute warnen: Das wird sich angesichts des Kostenfaktors Energiewende wohl kaum ändern. Müssen nun die älteren Menschen wegen höherer Netzentgelte mit weiteren Steigerungen rechnen?

Im Zuge der Gesetze zur Energiewende hatte die schwarz-gelbe Koalition fast unbemerkt beschlossen, dass sich Unternehmen mit einem besonders hohen Stromverbrauch komplett von den Netzentgelten befreien lassen können. Die Verbraucher werden die Finanzierungslücke schließen, sieht sich der BRH NRW bestätigt. Den Stromkunden drohen daher nun zusätzliche Preisauflagen.

Werden die Stromversorger wohl weiter an der Preisschraube drehen? Der BRH hat deshalb nachgefragt, das RWE versucht zu beruhigen: Die Mehrkosten in diesem Jahr werden für den kleinen Haushalt, beispielsweise den der Älteren, in Form einer Umlage nach der Stromnetzentgeltverordnung kaum 7 Euro ausmachen.

Was aber die Stromnetzentgeltbefreiung der Industrieunternehmen im nächsten Jahr kosten wird, kann noch keiner sagen. Dafür aber ruft Dietmar Friedrich von RWE in Erinnerung, dass wohl bald noch weitere Kosten auf den Endverbraucher durch die Erneuerbare Energie Umlage durch das EEG zukommt. "Das wird eine ganz andere Größenordnung haben", glaubt der Mann, der bei RWE für energiewirtschaftliche Grundsatzfragen zuständig ist.

Beim Strom macht das Netzentgelt etwa ein Viertel des Strompreises aus. Kleinere Energieverbraucher werden wohl einen Aufschlag auf ihren Strompreis bei der nächsten Festsetzung im Oktober zahlen müssen. Fachleute rechnen damit, dass private Haushalte und kleinere Unternehmen die Großverbraucher mit bis zu einer Milliarde Euro unter die Arme greifen müssen.

[Zur Nachrichtenübersicht](#)